

Pressemitteilung vom 15.01.2010

Freie Wähler sehen durch Berliner Steuersenkungspläne vor allem die Kommunen betroffen

Aiwanger: Entweder in Bayern nachbessern oder in Berlin nicht zustimmen

München (do). Die Freien Wähler werfen CSU und FDP vor, sich zu wenig um die Auswirkungen ihrer Berliner Steuerpolitik auf die Kommunen zu kümmern. Landes- und Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger sagte: „Dort werden Verträge zu Lasten Dritter abgeschlossen. Die Kommunen müssen ausbaden, was Schwarz-Gelb in Berlin unterschreibt. Bayern verliert hunderte Millionen, und die bayerische Staatsregierung zuckt mit den Schultern. Entweder in Bayern nachbessern oder in Berlin nicht zustimmen.“

Um das Schlimmste zu verhindern, fordern die Freien Wähler im Zuge der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt in Bayern eine Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12% auf 12,5%, was den Kommunen etwa 140 Millionen Euro einbrächte. „Die Kommunen haben schwere Jahre vor sich, unter anderem durch den massiven Einbruch der Gewerbesteuer und der Ausgabesteigerungen im Sozialbereich. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, kommt das bittere Erwachen“, so der finanzpolitische Sprecher der Freien Wähler, Manfred Pointner.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@fw-landtag.de